

Was wird bloß aus der Kurfürstenanlage?

Bebauungsplanverfahren eingeleitet – Das Justiz-Areal ist bereits verkauft – Nun wurde erstmals die Öffentlichkeit informiert

Von Holger Buchwald

Hässliche Flachbauten prägen das Bild des Areals zwischen Kurfürstenanlage und Bahnhofstraße. Dass hier Handlungsbedarf herrscht, ist seit Jahren bekannt. Allein die Sanierung der Justizgebäude würde zig Millionen Euro verschlingen. Und auch das Bauhaus ist marode. Die Stadt nutzt jetzt die Gelegenheit, um ein Bebauungsplanverfahren für das acht Hektar große Areal zwischen Crowne Plaza und Römerkreis einzuleiten. Rund 250 Zuhörer wollten sich bei der ersten Öffentlichkeitsbeteiligung im Hilde-Domin-Saal der Stadtbücherei über den bisherigen Stand der Pläne informieren (siehe weitere Artikel auf dieser Seite). Die wichtigsten Fakten:

> **Grundlage für den Rohentwurf** ist die Arbeit des Stuttgarter Büros Pesch & Partner, das im Spätjahr 2005 den von Stadt und Land ausgetobten städtebaulichen Ideenwettbewerb gewann. Vor allem auf Druck des Landes und des Investors Züblin, der vom Land das ehemalige Finanzamt und die Justizgebäude nebst Areal kaufte, wurden die Pläne – insbesondere was die Höhe der Gebäude angeht – in Abstimmung mit dem Baudezernat der Stadt angepasst. Statt ehemals fünf Geschossen sind nun sechs vorgese-



Hässliche Flachbauten prägen bisher das Bild der Kurfürstenanlage. Züblin plant auf dem Gelände des Finanzamtes einen wuchtigen Bau. Fotos: Kresin/ Züblin

hen. Nur so können die Landesbehörden in einen einzigen Neubau einziehen.

> **Als Nutzung** für die Neubauten sind Wohnungen und Büros, aber auch Einzelhandelsflächen im Erdgeschoss und Gastronomie im Gespräch.

> **Die Grundstücke** gehören verschiedenen Eigentümern und werden unabhängig voneinander und zu unterschiedlichen Zeitpunkten neu gestaltet. Züblin würde gerne schon Mitte 2008 beginnen und will 100 Millionen Euro investieren.

> **Grundgedanke** von Pesch & Partner ist in der Verlängerung der Weststadtstraßen Durchgänge von der Bahnhofstraße in die Kurfürstenanlage zu schaffen. Stra-

ßenbahnhaltestellen werden versetzt. Neue Fußgängerampeln sollen den Übergang nach Bergheim erleichtern.

> **Ein Platz** (Arbeitstitel „Justitia“) soll vor dem Justiz-Neubau entstehen, mit Wasserspielen und Gastronomie, flankiert von einem L-förmigen Bau.

> **Die Bahnhofstraße** wird schmaler. Die Fahrbahn ist künftig nur noch sechs Meter breit. Die Parkplätze in der Mitte entfallen, dafür entstehen neue entlang der Straße. Damit gibt es in dem Areal rund 30 Prozent weniger Parkraum. Unter den Neubauten sind Tiefgaragen geplant.

> **Am Römerkreis** soll auf dem Gelände des Zollamtes einseibengeschossiger

„Kopfbau“ entstehen. Die meisten an die Bahnhofstraße angrenzenden Gebäude haben vier Geschosse.

> **Das weitere Verfahren:** In den nächsten Wochen werden die betroffenen Behörden und Einrichtungen ihre Stellungnahmen abgeben. Diese und die Wortmeldungen in der Stadtbücherei sollen als Grundlage für eine weitere Überarbeitung der Pläne dienen. Danach kommt der Bebauungsplan in die Gremien des Gemeinderates. Danach hat die Öffentlichkeit abermals Möglichkeit zur Stellungnahme, bevor der Gemeinderat den Bebauungsplan verabschiedet. Das Verfahren wird rund ein Jahr dauern.



Zu hoch, zu eng, zu wenig Grün

In der Weststadt regt sich Widerstand gegen die Pläne für die Kurfürstenanlage



Der Abriss ist beschlossene Sache: Die Gerichte und die Staatsanwaltschaft in der Bahnhofstraße müssen weichen. Foto: Kresin

hob. Empört zeigten sich die Weststädter, die den Weg in die Stadtbücherei gefunden hatten, über die Planungen für das Areal zwischen Kurfürstenanlage und Bahnhofstraße. Anstatt dass die Stadt die Chance nutze, das Gelände städtebaulich aufzuwerten, lasse sie sich vom Hauptinvestor Züblin die Vorgaben diktieren. Besonders zwei Punkte zogen den Zorn der Zuhörer auf sich: die Verengung der Bahnhofstraße – die allerdings auch schon im Siegerentwurf von Pesch & Partner vorgesehen war – und die Höhe der geplanten Gebäude. Gleichzeitig seien zu wenig Grünflächen geplant.

„Die Bahnhofstraße ist eine gut funktionierende Einkaufsstraße“, sagte Kurt Pulster, Vorsitzender des Stadtteilvereins West, diese lasse man sich nicht kaputt machen: „Wir werden mit unseren Leu-

ten massiv für den Erhalt der Bahnhofstraße eintreten.“

Der Entwurf entspreche nicht dem Charakter der Weststadt-Bebauung, kritisierte Bezirksbeirätin Vera Glitscher (Bunte Linke) und ihr Kollege Martin Hauck (GAL-Grüne) fügte in Richtung des Stadtplaners Franz Pesch hinzu: „Sie versuchen den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben.“ Besonders ärgerten sich die Bezirksbeiräte, dass sie erst wenige Tage vor der öffentlichen Veranstaltung die Pläne erhielten und diese dann auch noch mitten in die Ferien fiel.

Sorgen bereitet den Weststädtern eine mögliche größere Verkehrsbelastung. Weitere Kritikpunkte sind, dass die alten Bäume gefällt und dafür neue an der Nordseite der Bahnhofstraße gepflanzt werden sollen, sowie die Reduzierung der

Parkplätze. Letzteres gefährde die Existenz der Geschäftsleute.

„Wir mussten die Pläne nach oben korrigieren, um das Raumprogramm unterzubekommen“, rechtfertigte der zuständige Projektentwickler von Züblin, Martin Lauble, warum der Justiz-Neubau sechs Geschosse haben soll. Dafür erntete er nur Unverständnis. Annette Friedrich, Leiterin des Stadtplanungsamtes, nahm eine ganze Fülle von Hausaufgaben mit: Man müsse sich Gedanken über die Dimension der Bauten machen, über die Verkehrssituation, welche sozialen Projekte auf dem Areal möglich sind, und was aus den bestehenden Nutzungen wie dem Baumarkt geschehe. Nicht zuletzt müsse man mit den Bauherren über die Qualität der Architektur reden. Friedrich: „Unser Ziel ist ein schönes Stadtquartier.“

SPD versteht grüne Kritik nicht

SPD: Erst der Armutsbericht, dann die Armutsbekämpfung

RNZ. Die SPD-Fraktion ist „sehr verwundert“ über die heftige Kritik der GAL-Grünen am Bericht zur Sozialen Lage (RNZ vom 23. Oktober), denn diese fordern, so die SPD, jetzt Dinge, die mit dem Haushalt 2007/2008 längst beschlossen sind. Die GAL-grüne Fraktion hatte kritisiert, „dass trotz der Fülle der Informationen konkrete Maßnahmen und Handlungsoptionen im ‚Armutsbericht‘ nicht zu finden sind“. Die SPD antwortet darauf, dass im Haushalt 2007/08 auch mit den Stimmen der Grünen festgelegt worden sei, dass das Amt für Soziales und Senioren in diesem Jahr den Bericht zur Sozialen Lage erstellt und 2008 auf dessen Basis „dezentrale, sozialraumorientierte Handlungsoptionen zur Armutsbekämpfung bzw. Armutsprävention mit dem Schwerpunkt Kinderarmut“ entwickelt werden sollen. „Dieses Vorgehen wurde noch im Frühsommer 2007 in den zuständigen Fachausschüssen, ebenfalls mit GAL-grüner Zustimmung, bekräftigt“, so SPD-Stadtrat Karl Emer, „insofern ist ein jetzt gestellter Antrag zur Erarbeitung erster Vorschläge bis Mitte 2008 überflüssig und dient lediglich der eigenen Zurschaustellung“.

Ein dem Arbeitskreis, dem Fachleute der Sozialarbeit aus Verbänden und Verwaltung unter Leitung von Sozialbürgermeister Joachim Gerner (SPD) angehören, soll die Ergebnisse weiter auswerten und mitteilen, geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um Armut vorzubeugen oder zu bekämpfen. Schließlich sei der erste Sozialbericht nach bald 20 Jahren für die SPD eine wichtige Arbeitsgrundlage: Soziale Aufgabengemeinschaft, und dem Thema wolle sich die SPD in den kommenden Monaten verstärkt widmen.

Was machen unsere Berliner Abgeordneten?

Karl A. Lamers (CDU)



Es war mir eine richtige Freude, mit 35 interessierten Schülerinnen einer 10. Klasse der Heidelberger Mädchenrealschule St. Raphael in Berlin zu einer lebhaften Diskussionsrunde im Reichstag zusammenzukommen. Nach arbeitsreicher Parlamentswoche habe ich bei einer politischen Weinprobe in Hirschberg Halbezeitbilanz der Arbeit in Berlin gezogen, die durchaus positiv ist. In Heidelberg nahm ich unter anderem an der Regionalkonferenz „Wirtschaft trifft Verwaltung“ der Metropolregion teil, ebenso am ersten Spatenstich für den Neubau des Nationalen Centrums für Tumorerkrankungen – wie mein Foto der Woche zeigt. Nach einer Grundsatzrede bei der Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik in Mannheim war ich Gast bei der feierlichen Übergabe des Rektorates von Prof. Hommelhoff an Prof. Eitel. Am Montag Abreise zu politischen Gesprächen in die USA und Kanada, ab heute wieder im Wahlkreis.

Dirk Niebel (FDP)

Der § 13 des Personenbeförderungsgesetzes klingt nun wirklich nicht sehr spannend, ist er aber. Denn er verhindert einen Linienbusverkehr für Fernverbin-

ABGEORDNETEN-SERIE

dungen zwischen deutschen Städten. Wenn ein Unternehmer also eine Buslinie von Heidelberg nach Köln anbieten möchte, kann der vorhandene Streckenbetreiber, in diesem Fall die Deutsche Bahn, dagegen ein Veto einlegen. Davon ausgenommen sind nur Fahrten von und nach Berlin. Für Busunternehmer und Kunden, die bei Busverbindungen zu günstigeren Preisen reisen könnten, ist das ein Problem. Davon konnte ich mich in dieser Woche beim Besuch des Zentralen Omnibusbahnhofes in Hamburg überzeugen. Durch eine Änderung des Paragraphen möchte die FDP mehr Reisefreiheit für alle schaffen.

Fritz Kuhn (Grüne)

Jetzt kann ich als Abgeordneter, der sich für mehr Schienenverkehr einsetzt, aufatmen. Die Bahnprivatisierungspläne der Bundesregierung sind gescheitert.



Es war ja schon eine besonders dreiste Vorstellung von Herrn Mehdorn und Herrn Tiefensee, das Volksvermögen der Bahninfrastruktur, also Bahnhöfe und Schienennetz, an die Börse zu geben. Streckenstilllegungen wären die Folge gewesen. Die Volksaktie der SPD ist nach meiner Überzeugung eine Schnapsidee, allerdings eine produktive, weil sie die Mehdorn Privatisierung unterlaufen hat.

Bahnchef Mehdorn muss jetzt runter vom hohen Ross. Das gilt auch für unse-

re Region. Dass er jenseits aller verbindlicher Beschlüsse von Land und Bund den Bypass Mannheim jetzt doch durchplanen will, ist nicht akzeptabel. Ich gehe jede Wette ein, dass er auch hier scheitern wird.

Lothar Binding (SPD)

Neben der parlamentarischen Arbeit nahm ich an einer Tagung der Hans-Böckler-Stiftung in der Akademie der Künste teil: „Made in Germany“ im Griff der Finanzmärkte. Was können Arbeitnehmer, Unternehmen und Politik tun? Auch die Podiumsdiskussion des BDI zum Thema Erbschaftssteuer und mein Gespräch mit einer Schulklasse der Carl-Bosch-Schule waren sehr spannend. Den Parteitag der SPD in Hamburg nutzte ich zu Gesprächen mit DLRG-Präsident Dr. Klaus Wilkens und mit Mitarbeitern von Astra-Zeneca über die Arbeitsplätze in Plankstadt – wie auch mein Bild der Woche zeigt.



Zu Fachgesprächen besuchte ich das Geriatrie-Zentrum des Bethanien-Krankenhauses und das DKFZ. Bei der SGK Nordbaden hielt ich einen Vortrag zur Unternehmensbesteuerung. Begeistert hat mich das Konzert des Heidelberger Kantatenorchesters, das die „Missa Solemnis“ aufführte. In Halle referierte ich auf einem Symposium der Gesellschaft für Deutsche Sprache zum Thema „Verständlichkeit als Bürgerrecht“.

STIMMEN

Wolfgang Gallfuß: „Wenn Sie von einer schrumpfenden Gesellschaft sprechen, können wir dort einen Park hinmachen. Ich frage mich, was dann ihre Pläne sollen.“ (Auf die Ausführungen von Franz Pesch, dass Stadtplanung die gesellschaftlichen Veränderungen berücksichtigen muss.)

Martin Hauck: „Wie wollen Sie die Kurfürstenanlage überwinden? Mit Sprungschancen oder Unterführungen?“ (Der Bezirksbeirat zu der Äußerung, dass mit den Plänen die Weststadt und Bergheim zusammenwachsen sollen.)

Arnulf-Weiler-Lorentz, Stadtrat, Bunte Linke: „Dieser Bebauungsplan-Vorentwurf ist ganz klar ein Investorenkonzept. Das hat nichts mit städtebaulichem Wettbewerb zu tun.“

Arnulf-Weiler-Lorentz: „Wenn Sie von der Kurfürstenanlage als Boulevard sprechen, waren Sie noch nie da.“ (Zu Franz Pesch, der mit einer Baumallee die Kurfürstenanlage aufwerten und zu einem Boulevard machen möchte.)

Franz Pesch: „Wenn Sie eine Stadt entwickeln wollen, ist das ein Ausgleich von Interessen. Ohne Investoren keine Stadt.“

Annette Friedrich: „Mit der Entwicklung der Bahnstadt wird die Weststadt immer mehr zum Zentrum Heidelbergs.“ (Die Leiterin des Stadtplanungsamtes über die Bedeutung des Bebauungsplans.)

Kurt Pulster (Stadtteilverein West): „Wir sehen ja ein, dass die maroden, asbestverseuchten Gebäude wegmüssen.“

Kurt Pulster: „Es ist eine Schweinerei, dass die Bezirksbeiräte erst vier Tage vorher informiert wurden.“

Vera Glitscher: „Das wäre eine ganz tolle Gelegenheit, hier eine wunderbare Grünfläche zu gestalten.“

Martin Lauble: „Wenn wir über Städtebau reden, reden wir auch immer über Nachverdichtung. Wir müssen die vorhandene Infrastruktur nutzen.“ (Der Projektentwickler von Züblin setzte sich mit dem Weststädter Reizwort „Nachverdichtung“ in die Nesseln.)

Ein Anwohner: „Ich will nicht, dass Heidelberg sich so degradiert und zum Spielball der Investoren wird.“

Ein Anwohner: „Ich habe die Schnauze voll von einer Aldi- und Plus-Markt-Architektur.“

Annette Friedrich: „Stadtplanung ist letztendlich auch ein Kompromiss.“

Martin Lauble: „Wir haben die Rahmenplanung des städtebaulichen Wettbewerbs aufgefingert und unsere Änderungen eng mit der Stadt abgestimmt.“ (Zu der Kritik, Züblin diktiere die Planungen.)

Der Sport braucht Partner

SRH richtet wieder Sportbusiness-Forum aus

rnz. Am Sonntag, 9. November, findet im Science-Tower der SRH-Hochschule in Wieblingen das alljährliche „Heidelberger Sportbusiness-Forum“ statt. Unter dem Motto „Vernetzung im Sportmanagement“ wird ein Blick auf erfolgreiche Partnerschaften im Sport geworfen. Von Olympia bis zur Uefa-Euro 2008 geben die Diskussionspartner aus Sport, Wirtschaft und Medien einen interessanten Einblick in die Netzwerke des Sportbusiness. Als Referenten konnte beispielsweise Prof. Holger Preuss von der Universität Mainz gewonnen werden. Tobias Gröber von der Ispo München, Hanns Michael Hölz von der Deutschen Bank und Axel Achten von der Deutschen SportMarketing GmbH werden an den Sitzungen teilnehmen. Christian Jäger von Sportfive und Ralf Woy vom 1. FC Nürnberg werden von ihrer Zusammenarbeit in der Fußball-Bundesliga berichten, und Holger Zindt von „Akzio!“ einen Einblick in die Plattform Euro 2008 geben.

Bei der Podiumsdiskussion machen Andreas Jung vom FC Bayern München, Werner Starz von Eurosport, Christian Müller von der Deutschen Fußball-Liga und Thorsten Storm von den Handball-Erstligisten der Rhein-Neckar-Löwen mit. Moderiert wird die Diskussion von Marco Klewenhagen vom Fachmagazin „Sponsors“.

Die Heidelberger Sportbusiness-Forums besuchten in den letzten Jahren jeweils um die 500 Teilnehmer aus ganz Deutschland, diese haben sich damit nach SRH-Angaben eindeutig als größte sportwirtschaftswissenschaftliche Tagesveranstaltung etabliert.

Info: Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.sportbusiness.de.